

Wie das Reden über Migration das Schweigen über soziale Herausforderungen organisiert

Eine migrationspädagogische Einmischung

Dokumentation der Online-Veranstaltung

am 18. Februar 2025, 18.00 bis 19.30 Uhr

Wir dokumentieren die schriftlich vorliegenden Statements der Veranstaltung.

Inhalt

Begrüßung durch Andreas Foitzik	3
Prof. Dr. Isabelle Ihring: Soziale Arbeit als Menschenrechtsprofession?!	4
Prof. Dr. Ayça Polat: „Racial Neoliberalism“ in der Asylpolitik als Herausforderung für die Soziale Arbeit und Pädagogik	7
Prof. Dr. Rudolf Leiprecht: Die Würde des Menschen soll unantastbar sein! Arbeiten wir daran.	12

Veranstalter

Netzwerk rassismuskritische Migrationspädagogik
in Kooperation mit medico international

Wie das Reden über Migration das Schweigen über soziale Herausforderungen organisiert

Eine migrationspädagogische Einmischung

Online-Veranstaltung am 18. Februar 2025, 18.00 bis 19.30 Uhr

Statements von: Gilda Sahebi, Prof. Dr. Isabelle Ihring, Prof. Dr. Ayça Polat, Prof. Dr. Rudolf Leiprecht, Valeria Hänsel (medico international)

Ein Panel mit: Anikó Zeisler (Bundesweite Arbeitsgemeinschaft Psychosozialer Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer - BAfF e.V), Christiane Tursi (Migrationsberatung, verikom gGmbH, Hamburg), Aras Badr (LAMSA), Prof. Dr. Annita Kalpaka, Prof. Dr. Isabelle Ihring und Prof. Dr. Claus Melter

Link: <https://us06web.zoom.us/j/85394026516?pwd=DnGCSEJGFcLfwAEbLR0CR8K1OzVThi.1>

Die erneuten Zuspitzungen der politischen und medialen Diskurse um Migration und Asylgesetzgebungen im aktuellen Bundestagswahlkampf sind erschreckend und besorgniserregend. Sie haben außerdem direkte Auswirkungen auf rassifizierte Menschen und Geflüchtete, da diskursive Entmenschlichungen auf anderen Ebenen zu Taten werden.

Mit dieser Veranstaltung wollen wir uns als Pädagog_innen und Verteter_innen der Sozialen Arbeit (und alle anderen Berufsgruppen, die in diesem Feld arbeiten) in diese Debatte einmischen und dies aus unserem Professionsverständnis heraus begründen. Wir wollen damit auch in unserem eigenen professionellen Handeln einen bewussteren Umgang mit der aktuellen Migrationsdebatte anregen.

Wir fragen uns: Was hat sich bisher bewährt und was können wir darüber hinaus tun,

- um Solidarität mit den Betroffenen von rassistischen Angriffen und Ausgrenzungen zu organisieren?
- um der zunehmenden Entrechtung von Geflüchteten und anderen vulnerablen Gruppen entgegenzutreten?
- um den durch diese Debatte legitimierten Abbau sozialer Angebote und Unterstützungsleistungen entgegenzuwirken?
- dass sich gesellschaftlich starke Narrative nicht auch in unserer eigenen Praxis reproduzieren?

Auf diese Fragen haben wir noch keine fertigen Antworten. Die aktuellen Ereignisse haben auch bei uns zu unterschiedliche Emotionen und Reaktionen geführt und es braucht auch Raum für Unsicherheiten, Zweifel, Wut. Und dann auch Raum, uns zu organisieren, uns einzumischen, laut zu werden. Mit dieser Veranstaltung wollen wir dazu einen Beitrag leisten.

Siehe auch Aufruf [„Wie das Reden über Migration das Schweigen über soziale Herausforderungen organisiert“ – Netzwerk Rassismuskritische Migrationspädagogik BW](#)

Veranstalter

Netzwerk rassismuskritische Migrationspädagogik in Kooperation mit medico international.

Begrüßung durch Andreas Foitzik

Das Netzwerk rassismuskritische Migrationspädagogik versteht sich als Forum von Menschen aus den Feldern Soziale Arbeit, Schule, Bildung/Weiterbildung, Hochschule sowie angrenzenden Professionen, die sich einer rassismuskritischen Migrationspädagogik verpflichtet fühlen.

Neben unserem Newsletter mischen wir uns auch mit Interventionen in die gesellschaftliche Debatte ein. Sowie in den Aufrufen von 2012 „Pädagogi_innen gegen die Abschiebung von Roma in den Kosovo“, 2013 „Gegen institutionellen Rassismus! Pädagog_innen für eine vollständige Aufklärung des NSU-Komplexes!“ oder 2019 „Nein zu einem Kopftuchverbot für Minderjährige“. Immer ging es uns dabei um beides.

Wir wollten uns aus unserer Profession heraus in gesellschaftliche Debatten einmischen und gleichzeitig auch in unsere eigene Profession hineinzuwirken. Was sind aktuelle Herausforderungen und Aufgaben für die Migrationspädagogik und eine rassismuskritische Soziale Arbeit. Wo müssen wir selbst achtsam sein, dass sich mächtige gesellschaftliche Narrative nicht in unserer Arbeit reproduzieren.

Ausgangspunkt dieser Veranstaltung war die Erfahrung der Kolleg_innen in Magdeburg nach der Amokfahrt in den Weihnachtsmarkt am 20.12. als die migrantische Community in Magdeburg massiv von rassistischen Übergriffen betroffen war. Wir haben daraufhin im Januar eine virtuelle Solidaritätskundgebung organisiert, an deren Ende uns nochmal klar wurde, dass wir viel mehr Räume brauchen, um uns zu vernetzen, Räume, um miteinander zu sprechen.

Am gleichen Tag dieser Veranstaltung war der schreckliche Anschlag auf die Kindergruppe in Aschaffenburg und die daraufhin folgende Eskalation der Debatte und eben nicht nur der Debatte, sondern sofort auch von reellen weiteren Gesetzesverschärfungen und dem Tabubruch der Zusammenarbeit mit der AfD durch CDU, FDP und BSW.

In Folge dieser Ereignisse ist der Aufruf „Wie das Reden über Migration das Schweigen über gesellschaftliche Herausforderungen organisiert“. Er wurde in der letzten Woche bis heute von über 500 Menschen, die meisten aus den Felder von Pädagogik und Sozialer Arbeit und, was uns ein besonderes Anliegen ist, auch von über 50 Einrichtungen, Verbänden oder Teams unterzeichnet.

Darin formulieren wir: **Als Pädagog_innen und Vertreter_innen der Sozialen Arbeit** sehen wir es als unseren professionellen Auftrag, diesen Entwicklungen entgegenzutreten und mit allen Möglichkeiten, die uns zur Verfügung stehen, in Vertretung der Adressat_innen sowie in Solidarität mit von Übergriffen und Gesetzesverschärfungen betroffenen Kolleg_innen uns für die Rechte aller Menschen einzusetzen.

Diese Veranstaltung soll dazu ein kleiner Beitrag sein.

Ein herzlicher Dank geht an medico internationale für die schöne Kooperation!

Prof. Dr. Isabelle Ihring: Soziale Arbeit als Menschenrechtsprofession?!

Ich möchte in diesem Statement verstärkt den Blick auf Menschenrechte richten und der Frage, warum dieses Konzept von Beginn an mehr Exklusion statt Inklusion zur Folge hatte. Das Ziel ist, die heutigen Debatten um Asyl und (illegalisierte) Migration besser nachvollziehen zu können und Schlüsse daraus zu ziehen, besonders auch für Soziale Arbeit, die sich ja als Menschenrechtsprofession versteht. Beginnen möchte ich in aller Kürze mit den ersten Erklärungen zu Menschenrechten Ende des 17. und 18. Jahrhunderts in den USA, Großbritannien und Frankreich. Diese Erklärungen folgten einem sehr engen Konzept von ‚Menschsein‘ und ‚Mensch mit Rechten‘. Damit meine ich, dass Menschsein stark an nationale Zugehörigkeit, Geschlecht/Gender, soziale Herkunft bzw. damals Standeszugehörigkeit und ‚Rasse‘ gebunden wurde. In der eurozentrischen Vorstellung von Menschsein galt der weiße, christliche, freie Mann als die Norm, als der Idealtypus Mensch. Während in Teilen Europas Menschenrechte erklärt wurden, war zur gleichen Zeit die Kolonialisierung der Welt eben durch Europäer auf seinem Höhepunkt. Damit auch verbunden der s.g. transatlantische Sklavenhandel, bei dem ca. 12 Millionen Menschen afrikanischer Herkunft versklavt und in die Amerikas verkauft wurden. Für diese Menschen galten die Menschenrechte nicht.

Warum? Weil diese Menschen als Gegenentwurf zur damals festgelegten europäischen Norm konstruiert wurden und deshalb auch nicht so menschlich sein konnten, was wiederum als Rechtfertigung für deren Unterwerfung, Ausbeutung oder Ermordung herangezogen werden konnte (vgl. Arndt 2017). Dieses Konzept der Hierarchisierung von Menschlichkeiten, und ich spreche hier ganz bewusst im Plural, hat sich zur Zeit der ‚Aufklärung‘ durch unterschiedliche Disziplinen verwissenschaftlicht und konnte sich über einen langen Zeitraum halten. Vor allem aus der Perspektive weißer, männlicher, europäischer ‚Forscher‘ erfolgte eine jahrhundertelange Tradition der ‚Erforschung‘ kolonisierter Subjekte. Dies beruhte auf einem Denken, das der Kamerunische Philosoph Achille Mbembe als ein Denken beschreibt, dem „in seiner gesamten Geschichte die Tendenz innewohnte, Identität nicht im Sinne gemeinsamer Zugehörigkeit zu ein und derselben Welt zu verstehen“ (Mbembe 2017: 11). Warum beginne ich so weit hinten in der Geschichte? Weil ich denke, dass es von großer Bedeutung ist die koloniale Kontinuität bei der Entstehung und Weiterentwicklung von Menschenrechten zu begreifen. Aber auch den Blick auf damals gelegte geopolitische, nationale, global bis heute wirksame Macht- und Ungleichheitsverhältnisse zu richten, um zu verstehen, worauf in den aktuellen Debatten um Geflüchtete, Migrantisierte und Rassifizierte zurückgegriffen wird. Ein uraltes Konzept von Entmenschlichung von allem, was nicht der damals festgelegten eurozentrischen Norm entspricht und nicht über die ‚richtige‘ nationale und religiöse Herkunft verfügt.

So zeigt beispielsweise der Verweis von Merz auf „tägliche Gruppenvergewaltigungen aus dem Milieu der Asylbewerber heraus“¹ wie eine sehr heterogene Gruppe von Menschen

¹ <https://www.spiegel.de/panorama/justiz/friedrich-merz-ueber-taegliche-gruppenvergewaltigungen-stimmen-seine-aussagen-a-9b4887b1-5213-460b-a70e-46974584d763>, Zugriff: 15.02.25

unter Generalverdacht gestellt wird, täglich Sexualstraftaten zu begehen und verbindet auf diese Weise, sexuelle Übergriffe mit nationaler Zugehörigkeit, anstatt an patriarchal geprägte Gesellschaftsstrukturen, hier wie anderswo – und das ausgerechnet von einem Mann, der noch im Jahr 1997 gegen die Strafbarkeit von Vergewaltigung in der Ehe stimmte. Beatrix von Storch sprach dann das aus, was zwischen den Zeilen Merz' steht, nämlich wer genau diese Gruppenvergewaltigungen angeblich begehen: Syrer, Afghanen und Iraker – Muslime also, ein Narrativ, das stark an die s.g. Silvesternacht von Köln 2015/16 erinnert und sexuelle Gewalttaten mit muslimisch sein erklären möchte.

Im Kontext von nationalen Zugehörigkeiten und der von Merz und weiteren Politiker*innen gerade so häufig betonten Unterbindung von illegaler Migration, erscheint mir wichtig darauf zu verweisen, mit welchen Pässen legal in wie viele Länder gereist werden kann: Neben den Spitzenpässen aus Singapur und Japan, kommen auf die Plätze 3-5 Staatsangehörige u.a. aus Deutschland, Spanien, Frankreich, Niederlande oder Neuseeland mit 192-190 Ländern. Richten wir den Blick auf Staaten wie Afghanistan oder Syrien haben Menschen mit diesem Pass die Möglichkeit in 26 bzw. 27 Länder legal einzureisen. Mittlerweile existiert dafür der Begriff der Passapartheid, weil etliche Menschen systematisch von Mobilität ausgeschlossen werden – auch, wenn ihre Leben durch Krieg, globale Ausbeutungsverhältnisse oder dem Klimawandel bedroht sind. Sie haben somit, neben dem sehr gefährlichen Weg der illegalen Migration, wenig Möglichkeiten auf mehr Schutz ihres Lebens, da sie aufgrund ihres Passes nicht legal in sichere Länder einreisen können. Doch wer sorgt dafür, dass Menschen illegal einreisen müssen? Sowohl Nationalstaaten als auch nationalstaatliche Grenzen sind soziale, menschliche Konstrukte. Es sind also menschengemachte und -geführte Staaten, die die Macht haben zu entscheiden, welcher Staat als ‚sicher‘ gilt und welcher Pass als einreiseberechtigt – es ist kein Zufall, dass über diese Macht u.a. die Staaten verfügen, die schon damals die Welt unter sich aufgeteilt haben. Die Vorschläge illegalisierte Migration zur Sicherheit Deutschlands noch repressiver zu unterbinden, sind also automatisch an Menschenrechtsverletzungen gekoppelt, wie das Recht auf Freizügigkeit und Auswanderung, das Recht auf Schutz vor Diskriminierung aufgrund nationaler Zugehörigkeit, weitere Einschränkungen des Asylrechts und weitere. Sie zeigen sehr eindrücklich, wie die vermeintliche Sicherheit eines Staates auf Kosten des Schutzes von Menschen – auch innerhalb dieses Staates – geht.

Die exkludierenden Debatten der letzten Jahre zu den Themen (illegalisierte) Migration und Flucht hinterlassen Spuren bei Menschen, die die Debatten verfolgen und vor allem bei jenen, die davon betroffen sind. Es hinterlässt Spuren, wenn mittlerweile die s.g. Remigration so normalisiert wurde, dass sie ganz ungeniert Teil des AfD-Wahlprogramms ist. Auch die zynische Diskussion ein Tag nach dem Sturz Assads, in der über die Abschiebung von Menschen zurück nach Syrien diskutiert wurde, macht sprachlos. Einige meiner Studierenden fragen sich, ob sie und ihre Geschwister oder Eltern hier noch sicher sind oder ob sie abgeschoben werden, obwohl sie bereits seit über zehn Jahren in Deutschland leben und arbeiten. Die mit weiteren Asylrechtsverschärfungen zunehmende Entmenschlichung von Verwandten, Freund*innen, Bekannten, aber auch Unbekannten, deren Recht auf Schutz und Sicherheit in dieser unmenschlichen Politik untergeht, lässt Betroffene wütend und ohnmächtig zurück. Besonders angesichts der Tatsache, dass Deutschland nicht müde wird andere Staaten darauf hinzuweisen Menschenrechte zu schützen, jedoch täglich diesen

Schutz selbst nicht erbringt. Die Beispiele zeigen wie viele Widersprüchlichkeiten sich aus der Kopplung von Menschenrechten an Nationen ergeben und mit wie viel Doppelmoral Diskussionen um den Schutz von Menschenrechten verbunden sind.

Was bedeutet das nun für Soziale Arbeit?

Vor dem Hintergrund, dass Soziale Arbeit auch als Menschenrechtsprofession definiert wird, ist aus meiner Sicht wichtig, die Geschichte der Menschenrechte kritisch zu reflektieren – aber nicht, weil ich der Ansicht bin, dass es diese nicht braucht – im Gegenteil. Ich würde mir aber wünschen, dass mehr darüber diskutiert wird, dass die Geschichte der Menschenrechte eine ist, die sich von Beginn an durch Entmenschlichungen auszeichnete und dieser Logik in vielerlei Hinsicht bis heute folgt. Ziel dieser Diskussionen müsste sein, wie wir als Wissenschaftler*innen, Sozialarbeitende, politisch Aktive, Menschsein ohne Hierarchisierung von Menschlichkeit denken können ohne die Fallstricke von damals zu wiederholen. Eine Möglichkeit sehe ich darin philosophische Ansätze als Basis heranzuziehen, die beispielsweise in afrikanischen, südamerikanischen oder auch buddhistisch geprägten Gesellschaften tief verankert sind. Ansätze wie beispielsweise die Philosophie Ubuntu oder die Zapatisten-Bewegung, in denen nicht das Individuum losgelöst von Gemeinschaft und Natur gedacht wird, das in einem ständigen Konkurrenzkampf mit anderen Individuen steht und in diesem Kampf besonders auf die eigenen Vorteile aus ist. Sondern Menschsein als gegeben betrachtet und Individuen als miteinander verbunden, als voneinander abhängige, aufeinander angewiesene Wesen, die Gemeinschaft und Natur brauchen, um zu existieren. Vielleicht wäre das ein Weg, Menschen endlich als Zugehörige zu ein und derselben Welt zu verstehen und wieder ein Empfinden dafür zu entwickeln, dass das Leid der Anderen auch mein Leid ist und die Entmenschlichung der Anderen auch mich entmenschlicht.

Prof. Dr. Ayça Polat: „Racial Neoliberalism“ in der Asylpolitik als Herausforderung für die Soziale Arbeit und Pädagogik

2000 hat die Europäische Union das Recht auf Asyl in die EU-Grundrechtecharta (Art. 18) aufgenommen. Damit haben sich die europäischen Mitgliedsstaaten dazu verpflichtet, mit ihrem gemeinsamen Asylsystem Schutzsuchenden einen „Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“ zu bieten (vgl. Cremer 2013, S. 6). Kern dieses Abkommens ist eine gemeinsame und solidarische Regelung der Aufnahme von Geflüchteten in Europa. Die Bilder von Menschen, die verzweifelt versuchen den Schutz der EU in Anspruch zu nehmen und sich und ihre Familie dabei großer Lebensgefahr aussetzen bzw. dabei sterben müssen (allein im Jahr 2023 sind mindestens 8.565 Menschen auf den internationalen Migrationsrouten gestorben) verdeutlichen nur zu deutlich, dass die gegenwärtige europäische Asylpolitik diesen getroffenen völkerrechtlichen Vereinbarungen auf allen Ebenen widerspricht (vgl. IOM 2024).

2024 waren weltweit 122,6 Millionen Menschen auf der Flucht (5 % mehr als noch Ende 2023). Davon sind knapp 60 % Binnenvertriebene. Mehr als vier von fünf Geflüchteten leben in sogenannten „Entwicklungsländern“. (UNHCR 2025) Der Sudan, Syrien, die Demokratische Republik Kongo, Kolumbien, der Jemen und die Ukraine sind die Länder, in denen die Menschen am stärksten von Vertreibung und Flucht betroffen sind. Allein im Sudan haben der Bürgerkrieg und die Eskalationen seit April 2023 dazu geführt, dass knapp 12 Millionen Menschen das Land verlassen mussten (vgl. UNHCR 2024). In der Demokratischen Republik Kongo sind bislang 7 Millionen Menschen durch Gewalt und Krieg vertrieben worden. In Myanmar sind es seit dem Militärputsch im Jahr 2021 über 4,5 Millionen Menschen (ebd.). Der Konflikt im Gazastreifen und auch im Libanon hat seit 2023 über 1,7 Millionen Menschen gewaltsam vertrieben.

Kriege und militärische Gewalt zählen nach wie vor zu den wichtigsten Fluchtursachen. In mehr als jedem siebten Land der Erde herrscht Krieg oder ein bewaffneter Konflikt (vgl. Medico International 2023). Europäische Staaten profitieren direkt bzw. indirekt durch Waffenexporte von diesen Kriegen. Laut einer aktuellen Untersuchung des Stockholmer Instituts für internationale Friedensforschung (SIPRI) sind die europäischen Länder für etwa ein Drittel der globalen Waffenexporte verantwortlich (vgl. SIPRI 2025). Frankreich ist der größte Waffenexporteur in Europa und der zweitgrößte weltweit. Die Lieferungen richteten sich vor allem an Staaten in Asien, Ozeanien und dem Mittleren Osten. Auch Deutschland gehört zu den Ländern mit den höchsten Waffenexportzahlen und exportierte insbesondere nach Ägypten, Israel und in die Ukraine. Die vier umsatzstärksten deutschen Waffenhersteller haben laut dem aktuellen SIPRI-Bericht 2023 zusammengerechnet Waffen im Wert von knapp 12 Milliarden US-Dollar verkauft. Dies ist ein Plus von 7,5 % im Vergleich zum Vorjahr (ebd.).

Existenzielle Armut, Perspektivlosigkeit und unfaire Handelsabkommen zählen zu den weiteren relevanten Fluchtursachen, die der „globale Norden“ ebenfalls mitzuverantworten hat. Während weltweit fast fünf Milliarden Menschen ärmer geworden sind, haben die fünf

reichsten Menschen der Welt (alle Männer) ihr Vermögen seit 2020 von 405 Milliarden US-Dollar auf 869 Milliarden US-Dollar mehr als verdoppelt (vgl. Oxfam International 2024). Das reichste Prozent (1%) der Weltbevölkerung besitzt etwa 45 % des weltweiten Vermögens. Zugleich leben 3,6 Milliarden Menschen unter der Armutsgrenze von 6,85 US-Dollar pro Tag und 730 Millionen müssen Hunger leiden (ebd.). Im Zuge von Globalisierungsprozessen haben die Länder des „globalen Nordens“ ihre politische und wirtschaftliche Dominanz verstärkt und unfaire Handelsabkommen gegenüber vielen wirtschaftlich schwächeren Ländern in Afrika, Asien und Lateinamerika durchgesetzt. Die Erlöse aus dem Rohstoffabbau und -handel kommen in erster Linie internationalen Unternehmen und lokalen Eliten zugute (vgl. Medico International 2023). Beispielsweise zählen Länder wie Mali oder Sierra Leone heute zu den ärmsten Ländern der Welt, obwohl sie über viele Rohstoffvorräte verfügen. Die Handelsmärkte in Afrika werden von der Europäischen Union mit landwirtschaftlichen Produkten überschwemmt, die hochsubventioniert und somit mit öffentlichen Mitteln gefördert werden. In vielen Regionen Afrikas ist dadurch Gemüse aus europäischem Anbau kostengünstiger als das aus heimischer Produktion (ebd.).

Klimawandel und Umweltkatastrophen verursachen weitere existentielle Notlagen im „globalen Süden“. Seit der Jahrtausendwende hat sich die Zahl der Klima- und Umweltflüchtlinge von 25 auf 50 Millionen verdoppelt (vgl. Medico International 2023). Besonders betroffen sind Länder wie Bangladesch², Inseln im Südpazifik und Länder der Sahelzone in Afrika. Allein 2021 wurden 23,7 Millionen Menschen von Naturkatastrophen zur Flucht gezwungen, von denen viele den Folgen des Klimawandels zugerechnet werden (ebd.). Der Klimawandel und damit verbundene Klimakatastrophen treffen am stärksten die „Entwicklungsländer im globalen Süden“, obwohl sie am wenigsten dafür verantwortlich sind: „Der CO₂-Verbrauch pro Kopf unter den reichsten zehn Prozent ist dreißig Mal höher als der Emissionsverbrauch pro Kopf der 50 Ärmsten Prozent der Weltbevölkerung“ (ebd.). Die reichsten 1 % der Weltbevölkerung stoßen so viel Kohlendioxid aus, wie die ärmsten zwei Drittel der Menschheit (vgl. Oxfam International 2024). Gleichzeitig sind nach der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 Umwelt- bzw. Klimakatastrophen keine völkerrechtlich anerkannte Fluchtursache. Auch das deutsche Asylrecht sieht hier keine Anerkennung vor.

Kaum beachtet werden im Zuge der immer lauter werdenden Forderungen nach Restriktionen und Abschottungen in der Asylpolitik, dass weltweit Diskriminierung, Verfolgung und Todesstrafen zugenommen haben. Amnesty International dokumentierte im Jahr 2023 1153 Hinrichtungen in 16 Ländern, was einen Anstieg von 31 % gegenüber den 883 Hinrichtungen im Jahr 2022 bedeutet. Die meisten bekannten Hinrichtungen fanden in China, Iran, Saudi-Arabien, Somalia und den USA statt (vgl. Amnesty International 2024). In sieben von zehn Ländern der Welt werden Menschen gefoltert oder anderweitig misshandelt (vgl. Medico International 2023).

² Ein Großteil Bangladesch's wird bis 2050 unter Wasser stehen, weil sich das Land ein aufwändiges Schutzsystem nicht leisten kann.

Statt sich konsequent mit den Ursachen für Flucht auseinanderzusetzen bzw. die Genfer Flüchtlingskonvention umzusetzen, zahlt die EU Milliarden an Staaten wie Eritrea, Sudan, Marokko, Libyen oder die Türkei (die nachweislich Menschenrechte verletzen), damit diese Geflüchtete von der Flucht nach Europa abhalten (vgl. ebd.).

Gleichzeitig ist die soziale, pädagogische und psychologische Arbeit mit Geflüchteten in Deutschland zunehmend von massiven Kürzungen betroffen. So sind z.B. die Bundesmittel für die psychosozialen Zentren 2024 auf 7 Millionen gekürzt worden. 2023 waren es noch 14 Millionen. Die Psychosozialen Zentren für Geflüchtete und Folteropfer müssen sich zu einem wesentlichen Teil aus privaten Spenden und Stiftungsgeldern finanzieren. Die Bundesweite Arbeitsgemeinschaft der psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer (BAFF) versorgt derzeit lediglich 3 % der Geflüchteten, die psychosozialen Bedarf haben. Dadurch finden keine systematische und flächendeckende Behandlung und psychische Stabilisierung von Erkrankten statt. Häufig kommt es gar nicht erst zu einer Identifizierung der psychischen Erkrankung. (vgl. BAFF 2024)

Neben der Unterfinanzierung stellt das Asylbewerberleistungsgesetz eine institutionelle Form der Benachteiligung dar. Nur ein Bruchteil der Geflüchteten mit psychotherapeutischen Behandlungsbedarf bekommen diesen auch finanziert. Verknüpft ist dies häufig mit einem hohen bürokratischen Aufwand bei Antragstellungen und mit der Ablehnung von Leistungen. Die Entscheidung, ob beispielsweise jemand mit einer diagnostizierten posttraumatischen Belastungsstörung eine Therapie bekommt, wird häufig von fachfremden Personen entschieden. Zwar sind psychiatrische Kliniken dazu verpflichtet, auch geflüchtete Menschen in akuten Fällen, z.B. bei Selbst- oder Fremdgefährdung, unabhängig von ihrem Aufenthalts- oder Versicherungsstatus aufzunehmen und zu versorgen. Aus der Praxis ist aber bekannt, dass das Gesundheitssystem überlastet ist und Patient*innen zu früh wieder entlassen werden. (ebd.)

Formen der institutionellen Diskriminierung von Geflüchteten sind somit häufig „verwoben“ mit Kürzungen von sozialen und therapeutischen Leistungen und einer zunehmenden Neoliberalisierung in der sozialen und pädagogischen Arbeit. Dies zeigt sich nicht nur in der personellen Unterbesetzung vieler Einrichtungen der Sozialen Arbeit, sondern auch in der Prekarisierung von Beschäftigungsverhältnissen. Neben dem hohen Anteil von ca. 50 % an Teilzeitstellen, sind etwa 60 % der Stellen im pädagogischen Bereich befristet. Der Anteil der Teilzeitbeschäftigung ist in den letzten Jahren um 67 % gestiegen, während die Anzahl der Vollzeitbeschäftigten im selben Zeitraum nur um 7 % anstieg. (vgl. Schneiders 2020)

Obwohl in der Sozialen Arbeit und Sozialpädagogik ein hoher Anteil an akademisch ausgebildeten Fachkräften zu verzeichnen ist, sind sie im Gegensatz zu Akademiker*innen anderer Fachbereiche wesentlich häufiger befristet oder in Teilzeit beschäftigt. Zudem unterscheiden sich die Bruttolöhne stark von Bundesland zu Bundesland und von den Gehältern vieler anderer akademischer Berufe.

Diese Prekarisierung in den Beschäftigungsverhältnissen führt zu einer hohen Fluktuation und Mehrbelastung, die unter anderem auch zu einer hohen Zahl von Burn-Out-Erkrankungen führen: Von den Sozialarbeitenden berichteten in einer Studie 25 % über ein häufiges Auftreten sowohl einer emotionalen Erschöpfung als auch einer körperlichen

Erschöpfung in den letzten 12 Monaten während der Arbeit. Der Anteil übertrifft signifikant den Durchschnittswert von 17 % bei den anderen Berufen (vgl. Holleder 2023).

Das Anlegen marktwirtschaftlicher (neoliberaler) Standards hat Auswirkungen auf die Fachkräfte. Sie werden zunehmend direkt oder indirekt dazu aufgefordert, die professionellen Standards und ethnischen Leitlinien ihrer Profession „zu hintergehen“, um bspw. durch Aktivierung dafür zu sorgen, dass ihre Klient*innen bzw. Geflüchtete möglichst schnell eine Arbeit aufnehmen. Anpassungsaufforderungen werden auf Klient*innen „abgewälzt“ Strukturelle bzw. institutionelle Formen der Benachteiligung werden auf diese Art dethematisiert (vgl. Atzmüller 2020; Ritter 2018).

Der Neoliberalismus und der damit einhergehende Abbau sozialer Sicherungssysteme ist in einem Zusammenhang mit dem zunehmenden Rechtsruck in vielen europäischen Ländern zu sehen:

„Die unter der Dominanz neoliberaler Vorstellungen vorangetriebenen Kürzungen von Sozialausgaben, forcierte Privatisierungspolitik sowie die Angriffe auf das Arbeitsrecht, Arbeitszeitregelungen und die gesellschaftlich etablierten Lohnfindungsmechanismen (Mindestlöhne etc.) haben insbesondere in den europäischen Krisenländern in den letzten Jahrzehnten grundlegende Veränderungen der verschiedenen sozialen Sicherungssysteme sowie Beschäftigungs- und Bildungsregime in Europa vorangetrieben. Die seit 2008 manifesten Krisen des sogenannten Finanzmarktkapitalismus (...) und ihre austeritätspolitische Bearbeitung sowie der Aufschwung rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien und Bewegungen können daher nicht von den polit-ökonomischen und gesellschaftlichen Auswirkungen des neoliberalen Um- und Abbaus der sozialen Sicherungssysteme und sozialpolitischen Regime seit Anfang der 1980er-Jahre getrennt werden und resultieren nicht zuletzt auch aus ihren Widersprüchen.“ (Atzmüller 2020: 69f.)

In der „Renationalisierung der Sozialpolitik (...) und einer damit verbundenen nationalen Überhöhung und Fetischisierung von (i. d. R. männlich konnotierter) (Erwerbs-)arbeit und Leistungsbereitschaft für den Betrieb aber auch den nationalen Standort sowie deren Seitenstück, dem kleinfamilialen Haushalt“ (Atzmüller 2020: 69) ist quasi auch ein Modus rechtspopulistischer „Krisenbearbeitung“ zu sehen.

Was können Sozialarbeitende angesichts dieser Entwicklungen tun? Fachkräfte der Sozialen Arbeit und Pädagogik sind gefordert Eigensinnigkeit als Teil ihres individuellen Selbst- und fachlichen Professionsverständnis zu verstehen, um ihre Autonomie zu nutzen und Freiräume für Klient*innen zu erzielen. Dies ist im Tripelmandat der Sozialen Arbeit angelegt.

Wie ihre Klient*innen sind auch Sozialarbeiter*innen nicht nur Opfer der Umstände. Sie können in Herrschaftsverhältnisse involviert sein, müssen diese aber nicht mittragen bzw. sich diesen unterwerfen. Dies erfordert eine kritische (Selbst-)Reflexionen der eigenen Fachlichkeit. In der kritischen Auseinandersetzung mit restriktiven Forderungen und Entscheidungspraxen kann ein wichtiger Beitrag der Professionsentwicklung liegen und Fachkräften die Möglichkeit eröffnen, Autonomieerfahrungen zu sammeln und sich auf der Grundlage ihres ethischen und menschenrechtsorientierten Mandats, entschieden von

Handlungspraxen zu distanzieren, die die Rechte und das Handlungsvermögen von Adressat*innen in grundlegender Form verletzen.

- Amnesty International (2024): Anstieg von Hinrichtungen weltweit im Jahr 2023. URL: <https://www.amnesty.at/themen/todesstrafe/todesstrafe-weltweit-2023-laender-zahlen-und-fakten/#weltweite-bilanz>: 01.02.2025.
- Atzmüller, R. (2020): Der neoliberale Umbau des Wohlfahrtsstaates und die Transformation des Kapitalismus zwischen Krise und Rechtsruck: Von den Widersprüchen der Subjektivierung zur Renationalisierung der Sozialpolitik. In: Otto, H. J.: Soziale Arbeit im Kapitalismus. Gesellschaftstheoretische Verortungen, professionspolitische Positionen, politische Herausforderungen. Weinheim Basel: Beltz Juventa, S. 68–84.
- Bundesweite Arbeitsgemeinschaft der psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer (BAfF 2024): Flucht & Gewalt. Psychosozialer Versorgungsbericht Deutschland 2024. URL: <https://www.baff-zentren.org/produkt/flucht-gewalt-psychosozialer-versorgungsbericht-deutschland-2024/>
- Cremer, H. (2013): Die Asyldebatte in Deutschland: 20 Jahre nach dem „Asylkompromiss“. Deutsches Institut für Menschenrechte Berlin. Online: URL: <https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/publikationen/detail/die-asyldebatte-in-deutschland-20-jahre-nach-dem-asylkompromiss>: 10.08.2024.
- Hollederer, A. (2023): Wer leidet in der Sozialen Arbeit an Erschöpfung? Ergebnisse einer Repräsentativerhebung. Soziale Passagen, 15(1), 233-25
- International Organization for Migration (IOM) (2024): Migration: Mit fast 8.600 Todesfällen 2023 das tödlichste Jahr. Online: URL: <https://germany.iom.int/de/news/migration-mit-fast-8600-todesfaellen-2023-das-toedlichste-jahr>: 01.11.2024
- Medico International (2023): Warum Menschen fliehen. 15.04.2023. URL: <https://www.medico.de/warum-menschen-fliehen-16487>: 22.02.2025.
- Oxfam International (2024): Inequality inc. How corporate power divides our world and the need for a new era of public action. URL: <https://www.oxfam.de/system/files/documents/bp-inequality-inc-150124-eng.pdf>: 20.01.2025.
- Ritter, B. (2018): Eigenverantwortung als Prinzip und Problem. Soziale Passagen, 10(2), 263–_280
- Schneiders, K. (2020): Sozialwirtschaft und soziale Arbeit. Kohlhammer Verlag.
- Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) (2024): SIPRI Yearbook 2024. URL: <https://www.sipri.org/yearbook/2024>: 23.01.2025.
- UNHCR (2024): Global Trends. Forced Displacement in 2023. URL: <https://www.unhcr.org/global-trends-report-2023>: 26.01.2025.
- UNHCR (2025): Global Trends. Online: URL: <https://www.unhcr.org/global-trends>: 01.02.2025.

Prof. Dr. Rudolf Leiprecht: Die Würde des Menschen soll unantastbar sein! Arbeiten wir daran.

I)

Überall in der Welt sind jetzt Regierungen an der Macht, die autoritäre bis diktatorische Positionen einnehmen, extrem nationalistisch und auch imperial ausgerichtet sind, von den USA über Russland bis hin zu China. Auch in Europa sind diese Entwicklungen zu beobachten, wenn auch (u.a. aufgrund geringer Machtfülle) in deutlich kleinerem Maßstab, z. B. in Ungarn und den Niederlanden. Weder die globale Klimakatastrophe noch die weltweit zunehmende Kluft zwischen Arm und Reich interessiert diese Regierungen. Im Gegenteil. Zudem gibt es mehrere Kriege in der Welt (Israel/Gaza, Ruanda/Kongo, usw.), unter denen (wie immer, möchte man fast sagen) vor allem die jeweiligen Zivilbevölkerungen entsetzlich leiden, einer davon in der unmittelbaren europäischen Nachbarschaft, in der Ukraine, einem Land, das vor mehr als drei Jahren (im Februar 2022) von Putins Russland mit einer gewaltigen Militärmacht überfallen wurde.

Und jetzt bekommen wir in Deutschland demnächst eine Bundesregierung, die von einer Partei geführt wird, die im Wahlkampf auf Law and Order gesetzt hat, die Wohlhabenden entlasten und die ohnehin schon Armen zusätzlich belasten will, die in Europa nationale Alleingänge befürwortet und das (bereits schon stark eingeschränkte) Recht auf Asyl im Grunde abschaffen will, von den angekündigten Rückabwicklungen in Bereichen wie Klimaschutz, Staatsangehörigkeit, Bürgergeld und Transgender noch ganz zu schweigen.

Wir blicken also global und lokal in eine Vielfalt von Abgründen.

Gleichzeitig ist Deutschland – wenn wir dies mit allermeisten Ländern in der Welt vergleichen – im Allgemeinen (und diesen Hinweis auf das Allgemeine muss ich doppelt unterstreichen) in Bezug auf Erfahrungen mit physisch-körperlich-direkter Gewalt noch ein sehr sicheres Land. Diese Tatsache nutzt jedoch Menschen wenig, die im Konkreten (auch dies muss ich zweimal unterstreichen) Erfahrungen mit einer solchen Gewalt machen.

Allerdings stellen wir fest, dass es bei Vorfällen von physisch-körperlich-direkter Gewalt einen großen Unterschied in der öffentlichen Thematisierung gibt. Ich nenne dies in Ermangelung eines besseren Begriffes provisorisch den Unterschied in der Ethnisierungsanfälligkeit (bei genauerem Hinsehen ist es oft auch eine Rassialisierungs- oder Kulturalisierungsanfälligkeit).

Ein erstes Beispiel: Gewalt gegen Frauen ist in Deutschland zweifellos ein großes Problem. Im Durchschnitt wird jeden zweiten Tag eine Frau von ihrem eigenen Partner oder Ex-Partner getötet. Die Zahl der gemeldeten Fälle stieg zuletzt um 6,5 Prozent (vgl. dazu u.a. Stöcker 2025). Trotzdem ist die Neigung zu Denkfiguren, die denen der Ethnisierung ähneln, wenig ausgeprägt. Wir lesen keine Forderung, die auf die Ausweisung von Männern besteht. Und wir haben vermutlich das Gefühl, damit täten wir den Abermillionen Männern, die sich darum bemühen, es in den ungerechten Geschlechterverhältnissen irgendwie anders und besser zu machen, doch unrecht.

Ein zweites Beispiel: Der sog. Amoklauf in Winnenden von 2009, als Jugendlicher 15 Menschen, viele davon in seiner früheren Schule, ermordete und zuletzt sich selbst tötete. Es gibt für Deutschland eine lange Liste mit solchen Gewaltexzessen (vgl. Deutsche Welle 2016). An sehr vielen davon waren (wie in Winnenden) männliche deutsche Jugendliche ohne Migrationsgeschichte die Täter. Diese extremen Gewalttaten führten ebenfalls nicht zu Ethnisierungen gegenüber Deutschen, und auch nicht in ähnlichen Formen zu stereotypverallgemeinerten Zuschreibungen gegenüber Jugendlichen oder jungen Männern.

Ein drittes Beispiel: Deutsche ohne jüngere Migrationsgeschichte haben aus rechtsextremen und rassistischen Motiven in Deutschland zwischen 1990 und 2020 mindestens 187 Menschen ermordet. Die Neigung, hier zu ethnisieren und diese Taten mit einer Ethnie Deutsch in einen kausalen Zusammenhang zu bringen, ist wenig ausgeprägt (vgl. dazu u.a. Stöcker 2025).

Ganz anders ist dies bei Gewalttätern, die durch einen politisch-religiösen Fanatismus motiviert sind, einem Fanatismus, der auf problematische Lesarten des Islams zurückgreift. Solche Gewalttäter ermordeten in den letzten dreißig Jahren in Deutschland mehr als zwei Dutzend Menschen (ebd.). Hier ist im Unterschied zu den zuvor genannten Fällen von extremer Gewalt die Ethnisierungsanfälligkeit sehr hoch. Wir beobachten dies u.a. bei entsprechend eingeordneten Taten wie in Mannheim (Mai 2024), Solingen (August 2024) oder jetzt in München (Februar 2025), – in München, wo nicht nur der Täter eine Migrationsgeschichte hat, sondern auch die beiden von ihm Getöteten: eine Mutter, die in Algerien geboren wurde und ihre kleine Tochter.

II)

In den letzten Wochen ist in Deutschland das Narrativ, das Migration als Grund aller Probleme behauptet, geradezu übermächtig und allumfassend geworden. Ausgestattet mit großer Macht, ist – so würde es die Literaturwissenschaftlerin Chimamanda Ngozi Adichie formulieren – eine dominierende Single Story entstanden, eine Erzählung, die nur eine einzige Seite bzw. einen einzigen Inhalt zeigt, „und dies immer wieder und immer wieder“ (Adichie 2009): Migration ist eine Gefahr. Migranten sind gefährlich. Ausländer sind gefährlich.

Dabei werden die eigentlichen Geschehnisse dethematisiert. Die Motive der Täter und die Ziele ihrer Taten spielen in einigen Fällen sogar überhaupt keine Rolle mehr.

In Magdeburg ein Mann, der als – so seine Selbstbeschreibung – „scharfer Islamkritiker“ Deutsche ermorden will; in Aschaffenburg ein weiterer Mann, der kleine Kinder aus Familien mit Migrationsgeschichte angreift: Ein Kind mit marokkanischer Migrationsgeschichte wird dabei ermordet, ein weiteres Kind mit syrischer Migrationsgeschichte liegt nach dem Messerangriff schwerverletzt im Krankenhaus. In beiden Fällen sind die Täter Männer mit erheblichen psychischen Auffälligkeiten; Auffälligkeiten, die sich zuvor bereits mehrfach in Form aggressiver Taten gezeigt hatten. Das Handeln der deutschen Behörden, die gewaltigen Lücken in der hiesigen psychosozialen Versorgung, auch und gerade auch im Bereich von Asyl und Flucht, die Getöteten und Verletzten mit Migrationsgeschichte – all

dies wird nur in ‚Nebenräumen‘ angesprochen, in den dominierenden ‚Haupträumen‘ der politischen Debatte ist es fast bedeutungslos.

Hier regulieren genau drei Hinweise das vorherrschende Narrativ: ein Täter, der in Saudi-Arabien geboren wurde; ein Täter, der in Afghanistan geboren wurde; beide sind als Geflüchtete nach Deutschland gekommen. Diese Informationen, die sich offenbar aufgrund des zustimmenden Resonanzfeldes in der Bevölkerung hervorragend eignen, um daraus eine ethnisierend-stereotypisierende Verallgemeinerung zu machen, reichen aus, um eine abweisend-aggressive Stimmung im Land auszubauen und zu vergrößern, die dann alle Menschen mit Migrationsgeschichte und die, die dafür gehalten werden, trifft.

III)

Was können wir in den Handlungsfeldern von Sozialer Arbeit und Pädagogik angesichts solcher Entwicklungen tun?

Nein, Soziale Arbeit und Pädagogik werden die Welt natürlich nicht verändern.

Unterstützend-helfende, wohltätige und krisenlindernde Strategien und Maßnahmen sind im Kontext von Sozialpolitik und Sozialgesetzgebung durchdrungen von Prozessen

- der sozialen Steuerung,
- der disziplinierenden Kontrolle,
- der einordnenden Anrufung,
- der anpassenden Aktivierung, die auf ein möglichst reibungsloses ‚Funktionieren‘ setzt.

Aber trotzdem haben wir, da eben dazu ausgebildet, doch den Vorteil, uns genau dies bewusst machen zu können, – dies wäre zumindest mein Anspruch an eine Ausbildung von Professionellen der Sozialen Arbeit und Pädagogik, die diesen Namen verdient.

Wir können erkennen, dass die Profession Soziale Arbeit oder Pädagogik³ bzw. das je eigene Verständnis davon nicht unbedingt dasselbe sind wie die Organisation, die uns beschäftigt. Und wir können unsere Standpunkte und Ansätze professionell begründen. Zweifellos denken und handeln wir dabei in widersprüchlichen Verhältnissen, aber gerade deshalb gibt es doch immer auch Gegenbewegungen und Ansatzpunkte zur Veränderung.

³ Meine (teilweise appellative) Rede wendet sich vor allem an Professionelle der Sozialen Arbeit und der Pädagogik, sowie an Kolleg:innen, die in Bildungseinrichtungen, Beratungsstellen und Jugend- bzw. Erziehungshilfeeinrichtungen in ‚verwandten‘ Berufen/Professionen arbeiten oder sich in der beruflichen Aus- und Weiterbildung und an Hochschulen und Universitäten mit den Handlungsfeldern von Sozialer Arbeit und Pädagogik befassen. Mir ist klar, dass *Selbstansprüche* meist eher auf konkrete Handlungsfelder bezogen sind, und Soziale Arbeit und Pädagogik eine große Vielzahl an sehr unterschiedlichen Handlungsfeldern umfassen, und mir ist auch klar, dass es ein Teilproblem von Akteur:innen in Sozialer Arbeit und Pädagogik ist, tatsächlich ihre *professionelle Verbindungen* wahrzunehmen. Genau diese Problematik sollte allerdings auch in der Aus- und Weiterbildung thematisiert werden. In der beruflichen Praxis in den verschiedenen Handlungsfeldern wäre es mehr als wünschenswert, wenn die Professionellen sich auch als solche sehen und reflektieren und ihre ‚Verbundenheiten‘ über die Handlungsfelder hinweg erkennen würden.

Vieles davon wird sich als zu wenig und zu klein angesichts der wahrgenommenen Abgründe anfühlen, – und trotzdem vermutlich unverzichtbar sein. Die Bescheidenheit der kleinen, aber notwendigen Schritte in ihrer Beharrlichkeit, die Vermeidung von Allmachtsphantasien oder arrogantem Besserwisserertum oder einem großspurigen Auftreten, all dies gehört schließlich zu den Professionen Soziale Arbeit und Pädagogik.

Also: Was können wir tun?

Hier nur einige wenige Beispiele:

Wir können ‚vor Ort‘ und in den Organisationen Spielräume entdecken und haben Handlungsmöglichkeiten. Gemeinsam mit Kolleg:innen können wir Veränderungen in den Organisationen, in denen wir arbeiten, voranbringen.

Wir können (und müssen) uns insgesamt darum bemühen, dass das vorherrschende Narrativ, das Migration als Grund aller Probleme behauptet und damit Fragen steuert und wichtige Themen verdeckt und so der ethnisiert-stereotypisierenden Verallgemeinerung Vorschub leistet, dass dies nicht auch noch in unserem beruflichen Alltag den jeweils eigenen Blick trübt.

Dies können (und müssen) wir auch dann noch tun, wenn es in unserem jeweiligen Arbeitsbereich zu Kürzungen kommen sollte, Arbeitsstellen verschwinden und das restliche Team noch mehr auffangen muss und noch weniger Zeit für die Einzelnen und zur Reflexion hat.

Wir können (und müssen) den Rassismen, Sexismen, Klassismen und Ableismen innerhalb unserer Organisationen entgegentreten.

Im ‚Wir‘ unserer Profession, unserer Teams oder unserer Kollegien sind Menschen, die selbst aufgrund entsprechender Zuordnungen und Zuschreibungen direkte Erfahrungen mit diesen -ismen machen. Wir alle können (und müssen) aufmerksamer mit Verletzungen und Bedrohungen umgehen, denen Angehörige unserer Teams oder unserer Kollegien in ihrem Alltag und während ihrer Arbeit ausgesetzt sind.

Wir sollten hier nicht nur kollegial sein, sondern mit aller Macht solidarisch –und auch selbstreflexiv. Selbstreflexiv deshalb, da teilweise auch durch unsere eigenen (ich hoffe unbedachten) Worte und Handlungen Stereotype reproduziert werden und Verletzungen entstehen.

Wir können (und müssen) versuchen, so gut es geht, Vertrauensverhältnisse zu unseren Adressat:innen aufzubauen. Wir können (und müssen) versuchen, die Schutzräume für die von Gewalt Betroffenen auszubauen. Wir können (und müssen) versuchen, gemeinsam mit Adressat:innen Türen zu öffnen und Barrieren zu beseitigen.

Wir können (und müssen) unsere Expertisen zu den sozialen Verhältnissen in den öffentlichen Diskurs einbringen. Wir können (und müssen) genau beschreiben, was es bedeutet, wenn im sozialen Bereich immer weiter gekürzt wird. Wir können (und müssen) Bündnisse eingehen und mit anderen darum kämpfen, dass diese und jene Kürzung nicht Realität wird oder die Kürzungen zurückgenommen werden.

Wir können dabei verlieren. Aber das kennen wir doch aus unserer langjährigen Arbeit. Wir können (und müssen) sogar das Verlieren bearbeiten und versuchen, mit Kolleg:innen und Verbündeten zusammen neue Kraft zu schöpfen und den Zusammenhalt noch intensiver zu machen. Was sonst?

Wenn unsere Adressat:innen uns vertrauen, aber selbst von nationalistischen, rassistischen, antisemitischen, sexistischen, klassistischen, ableistischen Vorstellungen durchdrungen sind, müssen wir trotzdem mit ihnen sprechen und versuchen, einen Prozess auf den Weg zu bringen, der sie zur Reflexion ihres je eigenen Blicks und dessen Begründung anregt. Wir können (und müssen) dabei mit ihnen gehen, einen sicheren Raum zur Reflexion schaffen und wir können (und müssen) dabei in ihren jeweiligen Möglichkeitsräumen eine wichtige Stimme sein.

Wir haben viele Kontakte. Wir sind in Netzwerken und Bündnissen unterwegs. Wir sind nicht machtlos. Wir können (und müssen) Menschen zusammenbringen.

Und vor allem: Wir sind (in einem je spezifischen Ausmaß) mitverantwortlich (nicht: alleinverantwortlich, sondern mitverantwortlich) für die Verhältnisse, in denen wir leben und arbeiten, auch für die Organisationen, in und mit denen wir arbeiten.

Bei alledem haben wir das Grundgesetz mit seinen Menschenrechten auf unserer Seite. Die Würde des Menschen soll unantastbar sein. Das gehört ganz zentral zum Selbstanspruch unserer Profession!

Und natürlich sind wir nicht neutral: Denn die Würde des Menschen soll ja unantastbar sein! Arbeiten wir daran. An Verhältnissen und Räumen, die dies tatsächlich ermöglichen.

Quellen:

Adichie, Chimamanda Ngozi (2009): The Danger of a Single Story. Video einer Rede, aufgenommen im Juli 2009 durch TEDGlobal. https://www.ted.com/talks/chimamanda_adichie_the_danger_of_a_single_story?language=de#t-1106677 [20.02.2025].

Deutsche Welle (2016): Chronik Amokläufe Deutschland. <https://www.dw.com/de/chronik-amoklaeufe-in-deutschland/a-19422985> [20.02.2025].

Stöcker, Christian (2025): Migration und Sicherheit Friedrich Merz fällt auf den Psychotrick der AfD herein. Eine Kolumne. <https://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/migration-friedrich-merz-faellt->